

Für eine strahlende statt verstrahlte Zukunft

Beschlossen durch die Mitgliederversammlung vom 8. September 2020

1 Stellen wir uns doch einmal vor, ein Flugzeug würde starten, ohne dass jemand weiss, wie man es
2 wieder landet. Was sich wie ein schlechter Witz anhört, ist bei der Entsorgung von radioaktiven Abfällen
3 bittere Realität. Jahrzehntlang hat man von einer vermeintlich sauberen und billigen Energiequelle
4 profitiert. Doch mit der Frage danach, wie mit dem für Mensch und Umwelt hochgradig gefährlichen
5 Abfall umzugehen ist, hat sich kaum jemand beschäftigt. Das Problem wurde einfach den nächsten
6 Generationen überlassen.

7 Die Frage, mit der sich die heutige und die nachfolgenden Generationen beschäftigen müssen, könnte
8 schwieriger nicht sein. Wie stellen wir sicher, dass hochradioaktiver Abfall für die nächste Million Jahre
9 sicher gelagert wird? Für die Schweiz scheint die Lösung gefunden zu sein: vergraben und vergessen.
10 Durch aufwendige Standortverfahren und Studien sollen Orte gefunden werden, die diese schwerwie-
11 gende Last der Menschheitsgeschichte aufnehmen sollen und dabei garantieren, dass sie für keine*n
12 der zukünftigen Bewohner*innen dieses Planeten zur Gefahr wird.

13 Drei Regionen in der Schweiz sind in der engeren Auswahl als möglicher Standort eines sogenannten
14 «Tiefenlagers». Einer dieser Standorte ist die Region Lägern im Zürcher Unterland. Als Unterländer
15 Jungpartei sehen wir uns in der Pflicht, zu diesem Thema Stellung zu beziehen, da vor allem wir es
16 sind, die den Bau und Betrieb dieses Tiefenlagers noch miterleben werden.

Grundsätzliche Position

17 Wir sind uns bewusst, dass eine Lösung für die Entsorgung des Atommülls gefunden werden muss und
18 dass hierbei die Meinung qualifizierter Wissenschaftler*innen von höchster Relevanz ist. Ebenfalls sind
19 wir uns bewusst, dass diese Wissenschaftler*innen sich weltweit einig sind, dass ein Tiefenlager die
20 beste und sicherste Lösung darstellt. Unsere Position stellt sich folglich nicht gegen ein Tiefenlager in
21 der Schweiz, sondern nur gegen den aktuellen Plan, dieses derart langfristig umzusetzen. Wir finden,
22 dass es zum jetzigen Zeitpunkt zu früh ist, zu Entscheiden ein Tiefenlager in der Schweiz für über eine
23 Million Jahre anzulegen.
24

25 Erstens verlangen wir, dass vor dem Standortentscheid für alle Atomkraftwerke in der Schweiz konkrete
26 Abschalttermine festgelegt sind. Ansonsten könnte das Tiefenlager zu einer Rechtfertigung für verlän-
27 gerte Laufzeiten werden. Das Gefahrenpotential der Kraftwerke und des radioaktiven Mülls würde durch
28 das Bestehen eines Lagers heruntergespielt.

29 Wir verlangen, dass der Staat sofort mit dem beschleunigten Abschaltungsprozess der Schweizer Atom-
30 kraftwerken beginnt und sofort massiv die Erschliessung von nachhaltiger, inländischer Stromgewin-
31 nung fördert, so dass wir nicht auf fossile Energie aus dem Ausland angewiesen sind. Das Endlager soll
32 kein isoliertes Zweckprojekt sein, sondern Teil einer nachhaltigen Gesamterneuerung unserer Strom-
33 versorgung.

34 Zu diesem Punkt ist hinzuzufügen, dass während dieser Wartezeit wichtige Erkenntnisse aus der prak-
35 tischen Erfahrung anderer Länder, allen voran Finnland, gewonnen werden können. Berichte anderer
36 Länder abzuwarten, die ihre Endlager bereits konkretisieren, ist sicherlich von grossem wissenschaftli-
37 chem Wert.

38 Den Plan der NAGRA, ein Tiefenlager auf eine Million Jahre hinaus zu bauen, erscheint uns unrealis-
39 tisch und verharmlosend. Wir wollen ein Tiefenlager, das immer dem jeweils aktuellen wissenschaftli-
40 chen Standard entspricht. Eines nach dem jetzigen Stand zu bauen und dann auf ewig zu verschliessen
41 wäre unwissenschaftlich. Wissenschaftliche Unterfangen müssen immer offen für Weiterentwicklungen
42 bleiben. Nur so kann der Gesellschaft und ihren zukünftigen Generationen wirkliche Sicherheit geboten
43 werden.

44 Unsere Vorstellung sieht deshalb eine langfristige, aber niemals definitive Lagerung vor. In regelmässi-
45 gen Abständen von höchstens 50 Jahren soll das Konzept von Fachleuten begutachtet werden. Falls
46 diese Fachleute eine Änderung am Lager empfehlen, muss über deren Umsetzung abgestimmt werden.
47 Für besonders gewichtig halten wir deshalb die garantierte Rückholbarkeit des Atommülls zu jedem
48 Zeitpunkt.

49 Neben den Abstimmungen in Zusammenhang mit der fachkundigen Beurteilung fordern wir zusätzlich
50 Abstimmungen über die schweizerische Atommüllstrategie generell. Im Abstand von höchstens 20 Jah-
51 ren soll über den zukünftigen Umgang mit dem Lager und allen zugehörigen Komponenten abgestimmt
52 werden.

53 Grundsätzlich und für alle oben aufgeführten Punkte muss ausserdem gelten, dass bei der Umsetzung
54 ausschliesslich die Sicherheit und das Wohl unserer Gesellschaft priorisiert und daneben nur wissen-
55 schaftliche Argumente berücksichtigt werden. Geld darf bei einem solch wichtigen Unterfangen keine
56 Rolle spielen.

57 **Sicherheit**

58 Wir sind uns bewusst, dass eine Lösung für den Schweizer Atommüll gefunden werden muss. Bei einer
59 solchen Lösung spielt für uns die Sicherheit eine sehr grosse Rolle. Dies betrifft nicht nur die Anwoh-
60 ner*innen des Unterlands, sondern auch die nichtmenschlichen Tiere und die Natur, welche durch den
61 Bau eines Tiefenlagers betroffen sind.

62 Die Sicherheit eines Tiefenlagers kann nur dann gewährleistet werden, wenn die Rückholbarkeit des
63 Atommülls immer gewährleistet wird. Würde das Tiefenlager endgültig verschlossen, so könnte man nur
64 schlecht auf Missstände und zukünftige wissenschaftliche Entwicklungen reagieren. Dies will die JUSO
65 im Sinne der Menschen, Tiere und der Natur verhindern. Des Weiteren muss das Sicherheitskonzept,
66 welches für das Tiefenlager gilt, stetig überarbeitet und auf den neuesten Stand der Wissenschaft ge-
67 bracht werden.

68 **Demokratisierung**

69 Da die NAGRA wie auch AKW Betreiber*innen unter finanziellem Druck stehen, sind diese daran inte-
70 ressiert, möglichst schnell und unkompliziert ein Tiefenlager zu errichten.¹ Doch bei einer derart wichti-
71 gen und langzeitigen Entscheidung sollten nicht rein wirtschaftliche Interessen, sondern Demokratie
72 und Sicherheit ausschlaggebend sein.

73 Wir sind allerdings nicht der Meinung, dass die Gemeinden in der Umgebung des Tiefenlagers mittels
74 Abstimmungen dessen Erbauung verhindern können sollten. Alle in der Schweiz lebenden Menschen
75 haben vom Atomstrom profitiert. Nun ist es an uns allen, die Konsequenzen zu tragen. Die Anwohnen-
76 den der betroffenen Gemeinden sollten sich deshalb solidarisch mit dem Rest der Schweiz zeigen und
77 dieses Tiefenlager annehmen. Der Rest der Schweiz sollte sich im Gegenzug solidarisch mit diesen
78 Gemeinden zeigen und ihnen angemessene Ersatzzahlungen genehmigen.

¹ Anhand des schwedischen Beispiels lässt sich dieser Zustand gut illustrieren: Dort hätte die SKB (schwedische NAGRA, Zusammenschluss der schwedischen AKW Betreiber*innen) ein Konzept für ein Endlager entwickeln müssen. Um die Kosten tief zu halten, wurden im Konzept gefährliche Sicherheitsrisiken in Kauf genommen. Insbesondere die Kupferwand um das Material wurde so dünn geplant, dass nach wenigen 100 Jahren Strahlenmüll in die Umwelt gelangt wäre. Das Projekt wurde wegen diesen bedeutenden Unsicherheiten schliesslich nicht genehmigt.

79 **Entschädigungen**

80 Viele Einwohner*innen befürchten, dass der radioaktive Müll eine Gefahr sein könnte, zudem könnte
81 das Tiefenlager als negativer Standortfaktor aufgefasst werden. Den betroffenen Gemeinden muss also
82 eine Entschädigung für den erlittenen emotionalen und finanziellen Schaden angeboten werden. Bei-
83 spielsweise könnte, wie für das deutsche Endlager Schacht Konrad bei Salzgitter, ein Fonds gegründet
84 werden, welcher von den Kantonen beziehungsweise von den sich im Besitz der Kantone befindenden
85 atomaren Energiekonzernen finanziert werden. Es müsste jedoch sichergestellt werden, dass das Geld
86 aus dem Fonds auch wirklich bei der Bevölkerung ankommt. Wir wollen also nicht, dass das Geld dazu
87 verwendet wird, den allgemeinen Steuerfuss zu senken, sondern um die Lebensqualität aller Anwoh-
88 nenden zu steigern Die Höhe der Entschädigung müsste anhand der vorhersehbaren finanziellen Aus-
89 fälle berechnet werden.

90 Eine Entschädigung für den Standort wäre jedoch keine Neuigkeit. Die Gemeinde Würenlingen im Aar-
91 gau, wo sich das aktuelle Zwischenlager befindet, sowie ihre Nachbargemeinden werden bereits ent-
92 schädigt.